

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses der Stadt Gummersbach vom 27.09.2017 im Fachausschusssitzungssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Vorsitz

Vorsitzender Torsten Stommel

Mitglieder

Stadtverordneter Uwe Oettershagen

Vertretung für Herrn Jörg Jansen

Stadtverordneter Karl-Otto Schiwiek

Stadtverordneter Dirk Helmenstein

Vertretung für Herrn Jürgen Marquardt

Stadtverordneter Jakob Löwen

Stadtverordneter Reinhard Elschner

1. stellv. Vorsitzender Axel Blüm

2. stellv. Vorsitzender Michael Franken

Stadtverordneter Benjamin Stamm

Vertretung für Herrn Thorsten Konzelmann

Stadtverordneter Christian Weiss

Stadtverordnete Elke Wilke

Stadtverordnete Sabine Grützmacher

Stadtverordneter Reinhard Birker

Verwaltung

Erster Beig. Raoul Halding-Hoppenheit

StOVR. Bernhard Starke

StVwD'in. Katharina Klein

StIin Jasmin Bitzer

Gäste

Edith Roth

Konrads Gerards

Harald Kawczyk

Entschuldigt:

Mitglieder

Stadtverordneter Jörg Jansen

1. stellv. Bürgermeister Jürgen Marquardt

Stadtverordneter Thorsten Konzelmann

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Die Niederschrift führt: Jasmin Bitzer

Sitzungsbeginn 18:00 Uhr

Sitzungsunterbrechung:

Sitzungsende: 19:38 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil:

- TOP 1 Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 2 Aktuelle Haushaltsentwicklung
- TOP 3 Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel
- TOP 3.1 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die P+R Anlage Bahnhof Dieringhausen
Vorlage: 03344/2017
- TOP 3.2 Außerplanmäßige Mittelbereitstellung für das Hochwasserrückhaltebecken Rospe
Vorlage: 03349/2017
- TOP 3.3 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Maßnahme "WLAN Ausbau an Schulen"
Vorlage: 03351/2017
- TOP 4 Antrag zur Nutzungsänderung der ehemaligen Gemeinschaftshauptschule in Strombach
Vorlage: 03301/2017
- TOP 5 Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

- TOP 6 Informationen aus den Gesellschaften - Eigenbetrieb Stadtwerke
- TOP 7 Grundstücksangelegenheiten
- TOP 7.1 Verkauf eines Grundstücks auf dem Steinmüllergelände
Vorlage: 03342/2017
- TOP 8 Stundung, Niederschlagung und Erlass von Geldforderungen
- TOP 8.1 Unbefristete Niederschlagung von Gewerbesteuern
Vorlage: 03337/2017
- TOP 9 OVAG Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH
- TOP 9.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der OVAG Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH
Vorlage: 03346/2017
- TOP 9.2 Bestellung von Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern in den Aufsichtsrat der OVAG Oberbergischen Verkehrsgesellschaft mbH
Vorlage: 03345/2017
- TOP 10 Mitteilungen

Öffentlicher Teil:

TOP 1

Niederschrift der letzten Sitzung

Die Niederschrift wurde einstimmig beschlossen.

TOP 2

Aktuelle Haushaltsentwicklung

Herr Halding-Hoppenheit informiert über die aktuelle Haushaltssituation. Im Bereich der Gewerbesteuer liegt das aktuelle Anordnungssoll 5,6 Mio € über dem Ansatz. Hierdurch erhöht sich die Gewerbesteuerumlage um 789 T€ und es ergibt sich eine Nettoverbesserung von 4,8 Mio €.

Im Bereich der Grundsteuer B kann von einem Erreichen des Ansatzes in Höhe von 9.510 T€ ausgegangen werden.

Die Vergnügungssteuer liegt momentan aufgrund der quartalsweisen Veranlagung rund 85 T€ unter dem Haushaltsansatz, nach Erfahrungswerten aus den Vorjahren ist aber davon auszugehen, dass der Ansatz ca. 150 T€ überschritten wird.

In den Bereichen der Hundesteuer, der Nachforderungszinsen und der Erstattungszinsen ergeben sich jeweils Verbesserungen gegenüber dem Haushaltsansatz.

Die Schlüsselzuweisungen entsprechen dem Ansatz. Nach Informationen des Städte- und Gemeindebundes ist bei den Gemeindeanteilen an Umsatz- und Einkommenssteuer jedoch mit einer Verschlechterung von rund 250 T€ zu rechnen. Außerdem ist die Erhöhung der Krankenhausinvestitionsumlage geplant, die teilweise von den Kommunen getragen werden soll.

Die Rückerstattung des LVR an den OBK, die an die Kommunen ausgezahlt werden soll, bringt einen Mehrertrag von 1,3 Mio €. In der LVR-Versammlung im Oktober 2017 soll beschlossen werden, wann dieser Betrag ausgezahlt wird.

Im Asylbereich wird mit einer Verschlechterung gegenüber des Haushaltsansatzes von 1,4 Mio € gerechnet. Diese ergibt sich aufgrund der Abrechnungssystematik, die keine Erstattung für Leistungen von geduldeten Flüchtlingen vorsieht. Aus diesem Grund liegt die Erstattungsquote momentan bei 60 % für alle Asylbewerber, im Leistungsbezug sind derzeit 400 Personen.

Der Aggerverband bittet um eine Abschlagszahlung für das Hochwasserrückhaltebecken Rospe. Die Herstellung wurde durch den Aggerverband vorfinanziert, kann aber aufgrund eines Rechtsstreites nicht in Betrieb genommen werden. Vorbehaltlich des entsprechenden Ratsbeschlusses ergibt sich eine nicht geplante Aufwendung in Höhe von 600 T€.

Die Personalausgaben werden voraussichtlich den geplanten Ansatz unterschreiten. Dies begründet sich allerdings durch Langzeiterkrankungen und unbesetzten Stellen.

Nach aktuellem Stand kann der geplante Fehlbedarf in Höhe von 4.785 T€ um rund 3,5 Mio € unterschritten werden, was eine deutliche Verbesserung darstellt. Der Fehlbedarf läge bei 1,3 Mio €, allerdings vorbehaltlich der noch kommenden Jahres- und Jahresabschlussbuchungen.

TOP 3

Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel

TOP 3.1

Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die P+R Anlage Bahnhof Dieringhausen Vorlage: 03344/2017

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja 13

Frau Klein stellt die Vorlage vor. Auf Rückfrage erklärt Frau Klein, dass die Maßnahme noch für 2017 geplant ist und sich die Bauabschnitte nicht mit den Baumaßnahmen der Deutschen Bahn überschneiden würden. Auf weitere Rückfrage stellt sie dar, dass die Vergabe mittels einer Ausschreibung vorgenommen wurde.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt die überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 330.000 Euro insgesamt.

Davon werden 180.000 Euro für die Maßnahme 5.208 "P&R Anlage Dieringhausen" investiv und 150.000 Euro in der Produktgruppe 1.12.02 „Kreis-, Land- und Bundesstraßen“ auf dem Sachkonto 531200 bereitgestellt.

TOP 3.2

Außerplanmäßige Mittelbereitstellung für das Hochwasserrückhaltebecken Rospe

Vorlage: 03349/2017

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja 12

Herr Blüm gibt an, dass er befangen sei. Anschließend stellt Frau Klein die Vorlage vor. Auf Nachfrage erklärt Frau Klein, dass der Aggerverband für das Hochwasserrückhaltebecken nicht zuständig ist und sich deshalb auch nicht den Kosten beteiligen muss.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt die außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln in der Produktgruppe 1.13.03 Öffentliche Gewässer, Sachkonto 531900 in Höhe von 600.000 Euro für den städtischen Anteil am Hochwasserrückhaltebecken Rospe.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

TOP 3.3

Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Maßnahme "WLAN Ausbau an Schulen"

Vorlage: 03351/2017

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja 13

Frau Klein erläutert die Vorlage.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt die überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 75.000 Euro für die Maßnahme 5.17 „WLAN Ausbau an Schulen“.

TOP 4

Antrag zur Nutzungsänderung der ehemaligen Gemeinschaftshauptschule in Strombach

Vorlage: 03301/2017

Herr Halding-Hoppenheit stellt fest, dass für die Schaffung eines entsprechenden Planungsrechts der BPU zuständig ist.

Er erläutert die bisherigen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der ehemaligen Gemeinschaftshauptschule Strombach.

Zunächst gab es ein Kaufangebot, das bekanntlich nicht angenommen wurde. Momentan erstellt 4.4/ Liegenschaften ein Exposé, das für einen Austausch mit potenziellen Investoren/ Projektentwicklern auf der Expo Real genutzt werden soll. Diese Gespräche sollen abgewartet werden, bevor der Kontakt mit der GWG zur Erörterung von Nachnutzungsmöglichkeiten der Liegenschaft aufgenommen werden soll. Im nächsten FWA wird das Thema noch einmal aufgegriffen.

TOP 5

Mitteilungen

Unterhaltungsvorschussgesetz

In dem Bereich UVG haben Bund und Land sich auf eine höhere Kostenbeteiligung an den Unterhaltszahlungen geeinigt. Zukünftig übernimmt der Bund 40 %, Land und Kommunen jeweils 30 %. In 2018 bedeutet dies für die Stadt Gummersbach, dass ein Zuschussbedarf von rund 231 T€ für Geldleistungen und ein höherer Personalaufwand zu planen sind. Momentan sind hier drei Stellen besetzt. Ab dem 01.07.2019 soll die Zuständigkeit für den Unterhaltsrückgriff auf das Land übertragen werden, sodass sich hier eine Entlastung ergeben wird.

Gesamtabschluss

Frau Klein teilt mit, dass für den Gesamtabschluss momentan die Vollkonsolidierung mit den Stadtwerken und eine Bagatellgrenze mit dem RPA erarbeitet werden. Eine Vorlage im FWA ist für die erste Ausschusssitzung in 2018 geplant.

Herr Halding-Hoppenheit erklärt, dass der Städte- und Gemeindebund die Streichung der gesetzlichen Verpflichtung des Gesamtabschlusses erwirken will, sodass dieser dann künftig nur noch auf Wunsch des Rates erstellt werden müsste.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Torsten Stommel
Vorsitz

Raoul Halding-Hoppenheit
1. Beigeordneter und Stadtkämmerer

Jasmin Bitzer
Schriftführung